

Staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz			4. Sitzungsprotokoll
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2015 - 2019
Sitzungstag: 27.11.2015	Sitzungsbeginn: 14.30 Uhr	Sitzungsende: 15:35Uhr	Sitzungsort: Bremische Bürgerschaft Am Markt 20 28195 Bremen
Teilnehmer / innen: siehe anl. Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Dr. Dr. Buhlert			

Dr. Dr. Buhlert begrüßt die Mitglieder der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz und die anwesenden Gäste und eröffnet die Sitzung.

TOP 1:

Die Deputation beschließt folgende Tagesordnung.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung
TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 05.11.2015
TOP 3	Bündnis Natürliche Geburt (mündlicher Bericht)
TOP 4	Verschiedenes

TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 05.11.2015
<u>Beschluss:</u>	
Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Protokoll der Sitzung vom 05.11.2015 zu.	

TOP 3	Bündnis natürliche Geburt (mündlicher Bericht)
<p>Frau Schiffing und Herr Dr. Frambach erläutern die Ergebnisse des Bündnisses anhand anliegender Präsentation. In der anschließenden Diskussion loben alle Fraktionen die Arbeit des Bündnisses. Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90 / Die Grünen) hofft dass sich der andeutende Trend hoffentlich fortsetzt. Sie betont aber auch, dass es trotz schwieriger Haushaltslage notwendig wird, mehr Kreißsäle zu bauen. Sie hält auch die derzeitige DRG Finanzierung für unzureichend um das Ziel der 1:1 Betreuung unter der Geburt umsetzen zu können. Hier muss auf Bundesebene über weitere Anreize nachgedacht werden.</p> <p>Herr Bensch (CDU) hebt die modernen Wege der Kommunikation zu den Frauen hervor und hält die Welt insbesondere mit Blick auf den Vergleich mit Landau in der Oberpfalz für in Bremen besser. Er wünscht sich weitere Anstrengungen im Rahmend es Präventionsgesetz.</p> <p>Herr Saffe (Bündnis 9 0/ Die Grünen) erfragt, ob der Kaiserschnitt auch Auswirkungen auf das Verhältnis von Frau zu Kind hat. Frau Schiffing erwidert, dass es hierzu keine belastbare Forschung</p>	

gebe.

Frau Dehne (SPD) zeigt sich erfreut über die hohe Einigkeit unter allen Akteuren und benennt mit der Arbeitssituation und der Haftpflichtprämie bei den Hebammen zwei weitere relevante Themen, die es weiterhin gilt im Blick zu behalten.

Frau Kappert-Gonther (Bündnis 90 / Die Grünen) rfragt den aktuellen Stand in den Häusern im Einsatz von Fallkonferenzen und ob es zusätzliche Beratungsangebote für übergewichtige Frauen gibt.

Frau Schiffling verweist auf ein Angebot der AOK Niedersachsen die zwei zusätzliche Beratungsgespräche für diese Personengruppe bezahlt. In Bremen ist ihr diesbezüglich aber nichts bekannt.

Herr Frambach betont, dass Fallkonferenzen zum klinischen Alltag gehören und immer öfter auch regelmäßig institutionalisiert werden. Zudem gebe es eine Abfrage unter den Häusern um voneinander zu lernen. ER verweist angesichts der hohen Fallzahlen aber auch noch einmal darauf, dass die Infrastruktur dafür vom Land gestellt werden muss und eine Krankenkassenleistung ist.

Herr Dr. Buhlert (FDP) verweist darauf, dass die Risikoverteilung diskutiert werden müsse, wenn immer mehr Arbeitgeber das Risiko scheuen schwangere Frauen zu beschäftigen.

Herr Meya (Bündnis 90 / Die Grünen) möchte wissen, wie lang der Weg noch zu 1:1 Betreuung sei.

Frau Schiffling verweist darauf, dass es im Bundesland nur eine Hebammenschule in Bremerhaven gebe, die alle 3 Jahre 16 Absolventen hervorbringen. Dazu würden 80% der Hebammen in Teilzeit arbeiten und die Arbeit sei zudem nicht bis ins hohe Alter leistbar.

Frau Kehrbach (SWGv) ergänzt, dass es seit Einführung der DRG keine Personalbemessung mehr gebe.

Herr Staatsrat Kück (SWGv) betont die überregional hohe Anerkennung die er im Bund über die Arbeit des Bündnisses hört und zollt den Akteuren hohen Respekt vor der geleisteten Arbeit. Bewusstseinsveränderungen bräuchten Zeit, auch hinsichtlich der Beschäftigungsverbote. Die Verfügbarkeit zusätzlicher Kreißsäle wird man noch einmal mit Niedersachsen weiter diskutieren müssen und auch weitere Optionen prüfen. Zusätzliche Mittel für Bremen sieht er jedoch nicht.

TOP 4

Verschiedenes

Die Deputierten verständigen sich darüber, dass bezüglich einer Anhörung zum Thema Cannabis der Umfang und die anzuhörenden Sachverständigen interfraktionell noch geklärt werden. Herr Bensch bittet, darum im ersten Quartal vor den Haushaltsberatungen eine Sitzung mit dem Schwerpunkt Psychiatrie zu belegen. Wie weit sind wir? Wo hakt es? Wo brauchen wir noch mehr Mittel? Würde er gerne fachlich diskutieren. Das Ressort und die Deputierten signalisieren ihre Zustimmung.

Vorsitzender

Protokollführer